



GESCHÄFTSBERICHT

2018



**Genossenschaftsbank
Unterallgäu eG**

Kurzfassung* Bilanz und GuV**Bilanz Aktiva**

	T€ 2018	T€ 2017
1. Forderungen an Kunden	629.137	567.755
2. Forderungen an Kreditinstitute sowie eigene Wertpapiere	411.342	405.044
3. Beteiligungen	10.327	10.443
4. Grundstücke und Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung	8.293	8.668
5. Sonstiges (Kassenbestand, Guthaben bei der Zentralnotenbank, Rechnungsabgrenzungsposten, durchlaufende Kredite usw.)	7.999	7.795
Bilanzsumme	1.067.098	999.705
Betreutes Kundenkreditvolumen	723.448	658.202

Bilanz Passiva

	T€ 2018	T€ 2017
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	107.016	102.545
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
a) täglich fällig	512.233	460.200
b) Termineinlagen	65.499	62.722
c) Spareinlagen	275.723	271.240
3. Sonstiges (Durchlaufende Kredite, Rückstellungen, sonstige Verbindlichkeiten usw.)	9.269	9.321
4. Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB	49.500	46.500
5. Eigenkapital		
a) Geschäftsguthaben	6.481	6.544
b) Rücklagen	40.703	39.950
c) Bilanzgewinn	674	683
Bilanzsumme	1.067.098	999.705
Betreutes Kundenanlagevolumen	1.322.496	1.262.974

Gewinn- und Verlust-Rechnung

	T€ 2018	T€ 2017
Zinsüberschuss (inkl. laufende Erträge)	17.004	17.248
Provisionsüberschuss	5.819	5.371
Verwaltungsaufwendungen		
a) Personalaufwendungen	-9.615	-9.475
b) andere Verwaltungsaufwendungen	-3.998	-4.084
Bewertungsergebnis	-2.608	1.277
Ertragsteuern	-2.127	-2.373
Bilanzgewinn	674	683

* Bei dieser Veröffentlichung handelt es sich um eine Kurzfassung. Der vollständige Jahresabschluss inkl. Lagebericht wurde vom Genossenschaftsverband Bayern e.V., München, geprüft und trägt den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk. Die Unterlagen zur Offenlegung wurden beim elektronischen Bundesanzeiger eingereicht.

Bericht des Vorstandes

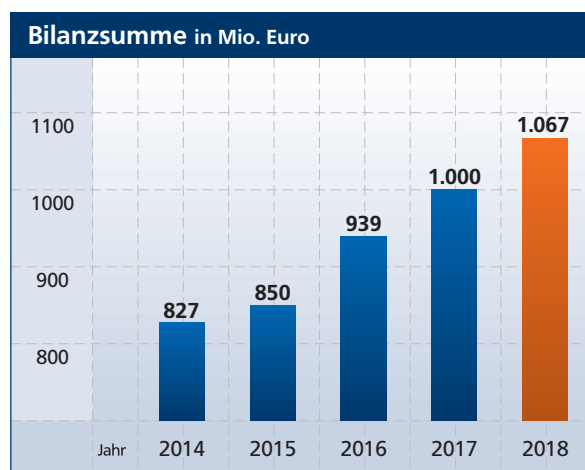
über das Geschäftsjahr 2018

Auch im letzten Jahr profitierten wir vom Vertrauen unserer Kunden. Das Geschäftsjahr 2018 ist für die Genossenschaftsbank Unterallgäu eG insgesamt erfolgreich verlaufen. Im Vergleich zu unseren Mitbewerbern am Markt konnten wir uns gut behaupten.

Nachfolgend die Entwicklung von ausgewählten Bilanzpositionen (Kurzfassung):

I. Bilanzsumme

Zum 31.12.2018 betrug die Bilanzsumme 1.067,1 Mio. € (2017: 999,7 Mio. €). Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das einen Zuwachs von 6,7 %. Die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken sind im gleichen Zeitraum um rund 4,7 % gewachsen.



II. Liquidität

Die Zahlungsbereitschaft unserer Bank war während des gesamten Berichtszeitraumes jederzeit gegeben. Die kurzfristig realisierbaren Mittel setzten sich zum 31.12.2018 wie folgt zusammen:

Barreserve	6,6 Mio. €
Bankguthaben	32,6 Mio. €
Anleihen und Schuldverschreibungen	342,7 Mio. €

Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Liquidität haben wir stets eingehalten. Zudem bestehen umfangreiche Finanzierungsmöglichkeiten durch unsere Zugehörigkeit zur Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken.

III. Wertpapiere

Zum Jahresende belief sich der Gesamtbestand der bankeigenen Wertpapiere auf 378,7 Mio. € (2017: 362,3 Mio. €). Der gesamte Wertpapierbestand wurde nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

IV. Kreditgeschäft

Das Kundenkreditgeschäft verlief erfreulich. Die Forderungen an Kunden betrugen zum 31.12.2018 insgesamt 629,1 Mio. € (2017: 567,8 Mio. €). Dies entspricht einem Zuwachs von 10,8 %. Damit wurde unsere Bank ihrer Aufgabe, die Kreditversorgung der regionalen Wirtschaft und Bevölkerung zu sichern, gerecht.

Dabei erhöhten sich die langfristigen Kredite im Verlauf des Jahres 2018 um 47,6 Mio. € (14,0 %) auf 387,3 Mio. €. Die mittelfristigen Kredite stiegen ebenfalls um 6,8 Mio. € (4,2 %) auf 170,4 Mio. €. Auch bei den kurzfristigen Forderungen ist ein Anstieg um 6,9 Mio. € (10,8 %) auf 71,4 Mio. € zu verzeichnen.

Für alle erkennbaren Risiken in den Kreditengagements haben wir entsprechende Risikovorsorge getroffen. Die vorgeschriebenen Höchstkreditgrenzen nach den gesetzlichen und satzungsmäßigen Bestimmungen wurden eingehalten.

V. Sachanlagen

Der Buchwert unseres Sachanlagevermögens reduzierte sich nach den vorgeschriebenen Abschreibungen und Zugängen von 8,7 Mio. € auf 8,3 Mio. €. Hiervon entfallen 7,5 Mio. € auf Grundstücke und Gebäude und 0,8 Mio. € auf die Betriebs- und Geschäftsausstattung.

VI. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 107,0 Mio. € (2017: 102,5 Mio. €) setzen sich in erster Linie aus zinsgünstigen, langfristigen Refinanzierungsmitteln für unsere Kunden zusammen. Darüber hinaus wurden im Jahr 2016 gezielte längerfristige Refinanzierungsgeschäfte (GLRG II) bei der Deutschen Bundesbank im Volumen von 30 Mio. € aufgenommen.

VII. Einlagengeschäft

Unsere Kundeneinlagen beliefen sich zum 31.12.2018 auf 853,5 Mio. € (2017: 794,2 Mio. €). Damit stiegen die Kundeneinlagen um 7,5%. Das Wachstum resultiert zu 3/4 aus dem Privatkundengeschäft und zu 1/4 aus dem Bereich Firmenkunden und ist zu einem wesentlichen Teil erst im 4. Quartal 2018 zugeflossen. Wir werten das überdurchschnittliche Wachstum als Ausdruck des hohen Vertrauens in uns und in unser genossenschaftliches Geschäftsmodell. Hauptwachstumstreiber waren die Einlagen auf Kontokorrentkonten und die Spareinlagen.

Ein Teil der von uns betreuten Kundenanlagen ist bei unseren Partnern der Genossenschaftlichen Finanz-Gruppe Volksbanken Raiffeisenbanken in Form von Wertpapieren, Investmentfonds, Versicherungsrückkaufwerten und Bausparguthaben angelegt. Inklusive dieser, nicht in unserer Bilanz ausgewiesenen Anlageformen, betreuen wir damit ein Kundenanlagevolumen von insgesamt 1.322 Mio. €, ein Anstieg um rund 59,5 Mio. € oder 4,7%.

VIII. Sicherheit

Das Vertrauen unserer Kunden in die Sicherheit ihrer Einlagen ist ein hohes Gut. Durch die amtlich anerkannte BVR Institutssicherung GmbH und die zusätzliche freiwillige Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. sind die Kundengelder vollständig geschützt.

IX. Mitglieder

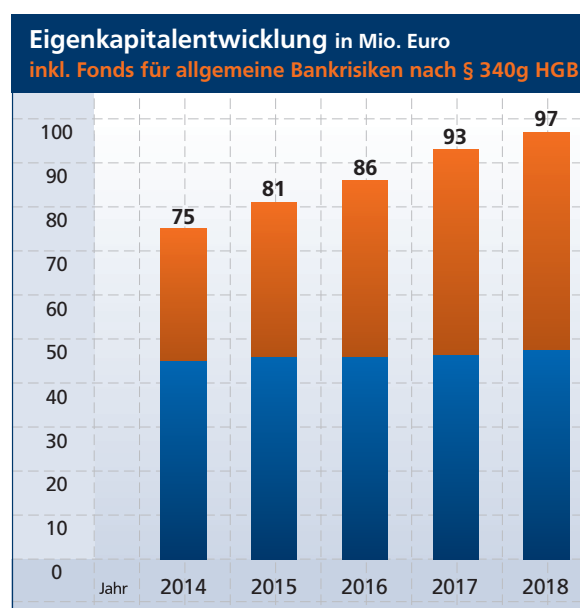
Die Mitgliederzahl hat sich im vergangenen Geschäftsjahr von 19.245 auf 19.363 erhöht. Insgesamt waren unsere Mitglieder mit 126.165 Geschäftsanteilen beteiligt (2017: 126.828). Durch unsere intensiven Anstrengungen konnten wir den Trend der letzten Jahre (Stichwort: demographischer Wandel) unterbrechen und wieder wachsen.

Für das Vertrauen zu unserer Bank bedanken wir uns sehr herzlich bei allen Mitgliedern und Kunden!

X. Eigenkapital

Im Jahr 2018 konnte der Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB um weitere 3,0 Mio. € auf 49,5 Mio. € erhöht werden. Das bilanzielle Eigenkapital inkl. Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB beträgt nach Feststellung des Jahresabschlusses und Beschlussfassung über die geplante Gewinnverwendung 97,1 Mio. € (2017: 93,3 Mio. €).

Die aufsichtsrechtlichen Vorschriften zur Eigenkapitalausstattung wurden im Geschäftsjahr jederzeit eingehalten.



XI. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2018 reduzierte sich der Zinsüberschuss (inkl. laufende Erträge) gegenüber dem Vorjahr um 244 T€ auf 17,0 Mio. €. Der für 2018 erwartete Rückgang des Zinsüberschusses konnte durch das Wachstum in den Beständen fast kompensiert werden. Darüber hinaus konnte eine Sonderausschüttung der Raiffeisen-Ware Schwaben Allgäu GmbH, in Höhe von 86 T€ verbucht werden.

Den Provisionserträgen in Höhe von 7,0 Mio. € stehen 1,2 Mio. € Provisionsaufwendungen gegenüber. Der Provisionsüberschuss ist dadurch auf 5,8 Mio. € angestiegen. Die Personalaufwendungen liegen mit 9,6 Mio. € leicht über dem Vorjahr. Die anderen Verwaltungsaufwendungen reduzierten sich leicht und liegen bei 4,0 Mio. €.

Das negative Bewertungsergebnis in Höhe von 2,6 Mio. € ist auf die negative Kursentwicklung bei den bankeigenen Wertpapieren aufgrund temporärer Markteinschätzungen zurückzuführen. Die problembehafteten Kreditengagements entwickelten sich im Gegenzug positiv.

Die Ertragsteuerbelastung mit 2,1 Mio. € hat sich im Vergleich zum Vorjahr leicht reduziert.

Die Aufwands-Ertrags-Relation (Cost-Income-Ratio), die als Verhältnis der Verwaltungsaufwendungen inkl. Abschreibungen zum Zins- und Provisionsüberschuss ermittelt wird, hat sich im Vergleich zum Vorjahr von 63,3 % auf 62,9 % verbessert.

XII. Mitarbeiter

Auch im Geschäftsjahr 2018 konnten unsere Mitglieder und Kunden wieder auf unsere kompetente, ihren Bedürfnissen entsprechende Beratung vor Ort setzen. Die Basis dafür sind unsere insgesamt 169 Mitarbeiter (2017: 169) – davon 14 Auszubildende.

XIII. Gewinnverwendung

Für das abgelaufene Geschäftsjahr 2018 weisen wir in der Gewinn- und Verlustrechnung einen Jahresüberschuss von 874.224,12 € aus, davon werden vorab jeweils 100.000,00 € der gesetzlichen Rücklage sowie den anderen Ergebnismrücklagen zugeführt. Somit ergibt sich ein Bilanzgewinn in Höhe von 674.224,12 €. In Übereinstimmung mit dem Aufsichtsrat schlägt der Vorstand der Vertreterversammlung folgende Gewinnverwendung vor:

2,0 % Dividende	128.453,16 €
Zuweisung zur gesetzlichen Rücklage	200.000,00 €
Zuweisung zu den anderen Ergebnismrücklagen	345.770,96 €

Die Beschlussfassung über die Gewinnverwendung findet in der Vertreterversammlung am 6. Juni 2019 statt.

XIV. Vermögenslage

Die Vermögenslage ist geordnet. Alle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten wurden unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen bewertet. Die Wertberichtigungen und Rückstellungen wurden nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung gebildet; sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken.

XV. Schlusswort

Wir danken unseren Mitgliedern, Kunden, Mitarbeitern und den Partnern innerhalb der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken für ihr Vertrauen und die gute Zusammenarbeit im zurückliegenden Geschäftsjahr.

Darüber hinaus danken wir dem Aufsichtsrat für die jederzeit vertrauens- und verantwortungsvolle Zusammenarbeit.

Der Vorstand

Manfred Rockenfeller

Anton Jall

Wirtschaftspolitik 2018 im Rückblick

1. Januar – In Deutschland wird der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung zum Jahreswechsel um 0,1 Prozentpunkte auf 18,6 Prozent vermindert. Der durchschnittliche Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung sinkt ebenfalls um 0,1 Prozentpunkte auf 15,6 Prozent.

23. Januar – US-Präsident Donald Trump unterzeichnet im Rahmen seiner „Amerika zuerst“-Politik eine Anordnung, die Strafzölle auf die Einfuhr ausländischer Waschmaschinen und Solaranlagen vorsieht.

6. Februar – Arbeitgeber- und Gewerkschaftsvertreter der Baden-Württembergischen Metall- und Elektroindustrie erzielen einen Tarifabschluss. Zu den zentralen Punkten der Vereinbarung zählen eine Lohnerhöhung um 4,3 Prozent ab April 2018 sowie ab 2019 ein Anspruch, die Arbeitszeit befristet für maximal zwei Jahre auf bis zu 28 Wochenstunden verkürzen zu können.

19. Februar – Einer Analyse der Deutschen Bundesbank zufolge sind die Immobilienpreise in den deutschen Städten 2017 gegenüber dem Vorjahr um rund 9 Prozent gestiegen. Sie befänden sich damit um 15 bis 30 Prozent über dem Niveau, das durch langfristige wirtschaftliche und demographische Einflüsse gerechtfertigt erscheine.

14. März – Angela Merkel wird erneut zur Bundeskanzlerin einer Regierungskoalition von CDU/CSU und SPD gewählt. Damit geht eine rund halbjährige Phase der politischen Unsicherheit zu Ende.

10. April – Einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zufolge ist die bisherige Berechnungsgrundlage zur Ermittlung der Grundsteuer verfassungswidrig. Die Richter fordern vom Gesetzgeber, bis Ende 2019 eine neue Regelung zu schaffen, die eine Neubewertung aller Grundstücke erlaubt.

25. Mai – In den Staaten der Europäischen Union (EU) tritt die Datenschutz-Grundverordnung in Kraft. Sie beinhaltet ein einheitliches Regelwerk für die Verarbeitung von personengebundenen Daten und stellt viele kleine und mittlere Unternehmen ohne hauseigene Juristen vor große Herausforderungen.

31. Mai – Hamburg führt als erste Stadt Deutschlands Fahrverbote für ältere Dieselfahrzeuge ein. Die Verbote gelten auf zwei Straßenabschnitten, in denen die Stickoxidbelastung besonders hoch ist.

14. Juni – Der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) beschließt, die EZB-Anleihekäufe ab Oktober von monatlich 30 auf 15 Milliarden Euro zu vermindern und das Anleihekaufprogramm zum Jahresende 2018 zu beenden, sofern dies die Wirtschaftsdaten zulassen.

22. Juni – Als Reaktion auf die Anfang Juni von den USA verhängten Strafzölle auf Aluminium und Stahl erlassen die EU-Staaten Vergeltungszölle auf die Einfuhr von US-Erzeugnissen wie Whiskey, Motorräder und Jeans. Wenig später droht Donald Trump damit, alle Autos mit einem Importzoll von bis zu 25 Prozent zu belegen.



1. Juli – Der allgemeinen Lohnentwicklung folgend werden in Deutschland die gesetzlichen Renten erneut merklich erhöht. Sie steigen im Westen um 3,2 Prozent und im Osten um 3,4 Prozent.

25. Juli – Die Präsidenten der EU-Kommission und der USA, Juncker und Trump, vereinbaren, Verhandlungen über den Abbau von bilateralen Handelsbarrieren aufzunehmen. Während der Verhandlungen sollen keine neuen Zölle erhoben werden.



20. August – Das letzte der seit dem Jahr 2010 laufenden Hilfsprogramme für Griechenland läuft aus. Das Land hat in den vergangenen Jahren viele Reformmaßnahmen umgesetzt und sich von der Staatsschuldenkrise allmählich erholt.

19. September – Die Bundesregierung entscheidet, den Beitragssatz zur gesetzlichen Arbeitslosenversicherung ab 2019 um 0,5 Prozentpunkte auf 2,5 Prozent zu vermindern. Dem steht allerdings zeitgleich eine Anhebung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Pflegeversicherung im selben Ausmaß gegenüber.

21. September – Auf einem Wohngipfel verabschieden Vertreter von Bund, Ländern und Kommunen ein Maßnahmenpaket, das unter anderem eine Erhöhung der Mittel für den öffentlichen Wohnungsbau und eine Leistungsausweitung beim Wohngeld ab 2020 umfasst.

23. Oktober – Erstmals in ihrer Geschichte lehnt die EU-Kommission den Haushaltsentwurf eines Mitgliedsstaates ab. Ihrer Ansicht nach steht die für 2019 geplante deutlich höhere Neuverschuldung Italiens nicht im Einklang mit dem EU-Stabilitätspakt.

30. Oktober – Der deutsche Arbeitsmarktaufschwung setzt sich fort. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit ist die Arbeitslosenquote im Oktober erstmals seit der Wiedervereinigung unter die 5-Prozent-Marke gesunken.

14. November – Nach langwierigen Verhandlungen einigen sich Unterhändler der britischen Regierung und der EU auf die letzten Details eines Abkommens, das den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU regelt. Das Abkommen sieht einen geordneten Austritt am 29. Mai 2019 und eine Übergangsfrist bis Ende 2020 vor, in der sich kaum etwas ändert und die künftigen Beziehungen geregelt werden.

25. November – Die europäischen Staats- und Regierungschefs billigen das Austrittsabkommen einschließlich einer Erklärung über die künftigen Beziehungen nach dem Brexit, die eine weiterhin tiefe Partnerschaft ermöglichen sollen. Zur Ratifizierung ist unter anderem die Zustimmung des britischen Unterhauses erforderlich.

13. Dezember – Der EZB-Rat bekräftigt seine Entscheidung, das Anleihekaufprogramm Ende 2018 auslaufen zu lassen.



Unsere Geschäftsstellen

Hauptstelle Mindelheim

Krumbacher Straße 11
87719 Mindelheim
Telefon: 08261 7659-0
Telefax: 08261 7659-190
E-Mail: info@genosbank.de
Internet: www.genosbank-unterallgaeu.de



Niederlassung Bad Wörishofen

Hauptstraße 10
86825 Bad Wörishofen
Telefon: 08247 3505-0

Niederlassung Ottobeuren

Marktplatz 2
87724 Ottobeuren
Telefon: 08332 9203-0

Niederlassung Dirlewang

Saulengrainer Straße 8
87742 Dirlewang
Telefon: 08267 9699-0

Niederlassung Kirchheim

Raiffeisenstraße 8
87757 Kirchheim
Telefon: 08266 8603-0

Niederlassung Markt Rettenbach

Marktplatz 3
87733 Markt Rettenbach
Telefon: 08392 9349-0

Geschäftsstelle Markt Wald

Schnerzhofer Straße 3
86865 Markt Wald
Telefon: 08262 9680090

Geschäftsstelle Sontheim

Hauptstraße 15
87776 Sontheim
Telefon: 08336 80893

Geschäftsstelle Ettringen

Hauptstraße 9
86833 Ettringen
Telefon: 08249 9699-0

Geschäftsstelle Hawangen

Bahnhofstraße 11
87749 Hawangen
Telefon: 08332 9366780



**Genossenschaftsbank
Unterallgäu eG**